



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters

Stadtbus Ingolstadt GmbH
Hindenburgstraße 1
85057 Ingolstadt
Telefon: 0841/305 464-0, E-Mail: datenschutz@stadtbus-ingolstadt.de

Kontaktadressen des Datenschutzbeauftragten

Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR
Hindemithstraße 30
85057 Ingolstadt
Telefon: 0841/305 3333, E-Mail: datenschutz@in-kb.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung, berechnete Interessen

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von Artikel 24 BayDSG und Artikel 6 Abs. 1 Satz 1f DSGVO zu folgenden Zwecken und Interessen: Schutz öffentlicher Verkehrsmittel

Speicherungsdauer und Empfänger der Daten

Die aufgezeichneten Daten speichern wir bis zu 7 Tage. Eine längere Speicherung erfolgt nur, sofern dies zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder zur Verfolgung von Straftaten im konkreten Einzelfall erforderlich ist. Zugriff auf die Daten haben nur die erforderlichen Personen. Eine Datenübermittlung der Aufzeichnungen an die Polizei findet nur statt, wenn dies zur Aufklärung von Straftaten erforderlich ist.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen nach Art. 13 DSGVO

Auskunftsrecht der betroffenen Person (Artikel 15 DSGVO Abs. 1-4)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über die Personenbezogenen Daten und auf die in Artikel 15 DSGVO aufgeführten Informationen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer Erklärung zu verlangen (Artikel 16 DSGVO).

Recht auf Löschung „Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO Abs. 1-3)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der Gründe laut Artikel 17 DSGVO vorliegt (Recht auf Löschung).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO Abs. 1-3)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist.

Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 19 DSGVO)

Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogene Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung nach DSGVO Art. 16, Art. 17 Abs. 1 und Art. 18 mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies verlangt.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO Abs. 1-6)

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO Abs. 1-2)

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsortes, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

Kontaktadressen der Aufsichtsbehörde

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz

Postfach 22 12 19, 85052 München
Wagmüllerstraße 18, 80538 München
Telefon: 089 212 672-0, Fax: 089/212 672-50
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de